

Kein Autobahnkreuz mitten im Wohngebiet Keine Bundesfernautobahn A66 quer durch Frankfurt Integriertes Gesamtverkehrskonzept - Jetzt!

Kontaktadresse:

AUA • c/o Ardelt-Theeck • Leuchte 35a • 60388 Frankfurt/Main

An die Frankfurter Dezernentin für Umwelt, Gesundheit und Personal Frau Manuela Rottmann Alte Mainzer Gasse 4 60311 Frankfurt am Main Friedhelm Ardelt-Theeck Leuchte 35 a 60388 Frankfurt / Main

Tel: 06109 - 367 51 Mobil: 0151-16559854

ardelt-theeck@molochautobahn.de

www.molochautobahn.de

Datum: 27. Mai 2012

Offener Brief

Vollausbau der Ostumgehung Frankfurt A 66/A 661, A 66 Riederwaldtunnel, Autobahnkreuz Frankfurt Ost

Aktionsbündnis warnt vor Baubeginn im Riederwald und fordert Moratorium bis zur Baureife der Einhausungen

Sehr geehrte Frau Rottmann,

ohne zeitliche Not wurden Ende Februar vier völlig gesunde Bäume am Erlenbruch im Riederwald für Kabelsucharbeiten gefällt. Sie hätten problemlos noch fünf oder sogar zehn Jahre leben und nicht nur lebensnotwendigen Sauerstoff und Schatten spenden können. Diesen Vorgang sowie den für dieses Jahr angekündigten Beginn der Vorbereitungsarbeiten wie Kabel- und Kanalarbeiten für den Bau des Riederwaldtunnels nimmt das Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn zum Anlass, sich direkt an Sie als Frankfurter Umweltdezernentin zu wenden, um nachdrücklich - nicht zuletzt im Zusammenhang mit der geplanten Einhausung der Autobahnen A 66 und A 661 - vor jahrzehntelangen Baustellen insbesondere am Erlenbruch zu warnen, ohne dass der Autobahnbau tatsächlich wesentlich vorankommt. Dabei steht der Erlenbruch symbolisch für alle betroffenen Bereiche rund um die Autobahnen bzw. das Autobahnkreuz Frankfurt-Ost A 66/A 661. Das heißt die Angelegenheit betrifft den ganzen Frankfurter Osten von Bornheim bis Bergen-Enkheim. Schon jetzt herrscht rund um die Autobahn A 661 seit Sage und Schreibe 23 Jahren Baustelle! Sie sehen, unsere Warnung ist in keiner Weise aus der Luft gegriffen, sondern viel mehr gängige Praxis!

Wie Sie selbst wissen, haben seitens der Stadt Frankfurt erfreulicher Weise die Vorplanungen für die Einhausung des nördlichen Abschnitts der A 661 westlich des Seckbacher Galeriebauwerks bereits konkrete Züge angenommen. Sogar erste Kündigungen von Pachtverträgen sollen bereits erfolgt sein. Inzwischen wurde der Magistrat durch die Stadtverordnetenversammlung zusätzlich aufgefordert, auch für den südlichen Abschnitt der A 661 bis zum Riederwald eine Potentialanalyse für die Einhausung zu erstellen, um die Kosten, Nutzen und die Chancen eines solchen Projektes zu ermitteln. Damit erfüllt die Stadt erste wesentliche Schritte, um der erhobenen Forderung der betroffenen Ortsbeiräte 3, 4, 11 und 16 nach kompletter Einhausung der Autobahnen A 66 und A 661 zu entsprechen. Hinsichtlich einer Einhausung der Autobahn A 66 bis Stadtgrenze Maintal im Bereich Bergen-Enkheim/Fechenheim Nord fehlt allerdings trotz regelmäßiger Anmahnung unsererseits noch jegliche offizielle Initiative.

Wenn die Stadt Frankfurt diese Maßnahmen ernst meint, wovon wir selbstverständlich ausgehen, muss die Stadt diesen auch Taten folgen lassen und gegenüber dem Bund und dem Land Hessen entschlossen für einen Aufschub des Baubeginns im Riederwald eintreten. Ansonsten droht insbesondere der Erlenbruch und für bis zu zwanzig Jahre zu einer brachliegenden Großbaustelle zu werden, ohne dass der Autobahnbau wesentlich vorankommt; ein unvorstellbares Horrorszenario. Eine ganze Generation wird den Erlenbruch nur noch als kahle, trostlose Bau- bzw. Verkehrswüste erleben. Schon der "normale" Bau wird bis zu zehn Jahre dauern! Das heißt 10 Jahr kahler Erlenbruch! Obwohl bei den Anhörungen immer wieder beteuert wurde, dass alles in 5 Jahren fertig

Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn: U.a. Bürgervereinigung Seckbach e.V. • Bürgervereinigung Nordend e.V.•
•Anwohnerinitiative Günthersburgpark• BI Inheidenerstr. • Die Falken Riederwald • VCD-Frankfurt • BUND-Frankfurt •

Infos: www.molochautobahn.de

c/o Friedhelm Ardelt-Theeck Leuchte 35a 60388 Frankfurt/Main Tel.: 06109 - 367 51 Spendenkonto 8032691540 GLS Gemeinschaftsbank eG BLZ 430 609 67 Regelmäßige Treffen:
- m o n a t l i c h für Interessierte und Aktive
news@molochautobahn.de



Kein Autobahnkreuz mitten im Wohngebiet Keine Bundesfernautobahn A66 quer durch Frankfurt Integriertes Gesamtverkehrskonzept - Jetzt!

- 2 -

gestellt werden soll. Schauen Sie sich das Gelände zwischen Bornheim und Seckbach rund um die A 661 im Bereich Heinz-Herbert-Karry-Brücke/Bornheimer Friedhof (künftiges Autobahndreieck Seckbach) wie auch entlang der A 661 bis zum FSV-Stadion an: Wie bereits oben festgestellt seit 23 Jahren wildes Brachland und Baustelle, ohne dass der Bau vorankommt (abgesehen von den beiden "So-da-Brücken")! Nur wenige kennen noch die intakte Grünverbindung zwischen Bornheim und Seckbach, wie sie noch bis Ende der achtziger Jahre bestand!

Es steht aufgrund des rechtlich bestehenden Sofortvollzugs nicht in der Macht der Bürgerinitiativen, die geplanten Rodungs- und Vorbereitungsarbeiten per Gericht aufhalten zu können. Aber das Land Hessen bzw. der Bund bauen auf so genanntes "eigenes Risiko" (besser: Risiko der Steuerzahler) und das Aktionsbündnis der Bürgerinitiativen ist fest entschlossen alle juristischen und politischen Hebel in Bewegung zu setzen, um den ohne gleichzeitige Einhausung nicht zu verantwortenden Autobahnbau zu verhindern. Und die Erfahrung zeigt uns, dass wir durchaus zuversichtlich sein dürfen, am Ende unserem Recht Geltung verschaffen zu können. Aber dann wäre möglicherweise der für den ganzen Frankfurter Osten (trotz des erheblichen Verkehrs!) wertvolle und einzigartige Grünzug Erlenbruch grundlos schon zerstört!

Denken Sie nur an die beiden öffentlichkeitswirksamen Spatenstiche von 2007 (Vollausbau A 661/Ostumgehung-Frankfurt) und 2009 (Autobahndreieck Erlenbruch/Riederwaldtunnel). Abgesehen von der Fertigstellung von zwei So-da-Brücken und Rodungen im Rampenbereich ist – entgegen vollmundiger Aussagen – der Bau von der Fertigstellung weiter entfernt denn je! Dort hätten also bis heute noch die Gärten samt Bäumen stehen bleiben können! Wie Sie sicher wissen, wurden trotzdem weitere Gärten entlang des Erlenbruchs und Teufelbruchs gekündigt und liegen schon lange brach und verwildern.

Diese gerade zu eklatante Verzögerung beim Baufortschritt (Ursprünglicher Fertigstellung des Endausbaus der A 661 war für 2010 vorgesehenen, neues Zeitziel ist Ende 2016; Riederwaldtunnel 2020 statt 2015!) sowie der aktuell herrschende "Baustillstand" ist sicherlich auch Folge des von betroffenen Anwohnern beschrittenen Rechtsweg. Wahrscheinlicher Grund dürfte aber vielmehr die oben genannte konkrete Absicht der Stadt Frankfurt sein, den nördlichen Autobahnabschnitt der A 661 einhausen zu wollen. Hinzu kommt die notwendige Umplanung für die Tunnelverschiebung infolge der erfolgreichen BUND-Klage.

Aber das Land Hessen bzw. der Bund können trotz des seit 2007 rechtlich bestehenden Sofortvollzugs jetzt nicht einfach ohne Rechtssicherheit loslegen und vollendete Tatsachen schaffen. Dann wäre dies schon längst geschehen und der Bau heute schon fast fertig. Denn der Bund baut "auf eigenes Risiko" besser gesagt auf "Risiko der Steuerzahler", weil die Forderungen der Klagen noch nicht erfüllt sind bzw. der Schutz der Bevölkerung noch ungeklärt ist. Was bei den vorgesehenen Planänderungsverfahren zum besseren Schutz verändert werden soll, weiß bislang niemand, da erst neue Gutachten erstellt werden müssen!

Wie das aktuelle Gutachten des Landes Hessen zeigt, können die neu gebauten und bzw. noch geplanten Brücken (Autoabahndreieck Erlenbruch) und die geplanten Trogwände zum Riederwaldtunnel keine hohen Lärmschutzwände geschweige denn eine Einhausung tragen. Wie letztlich der Hessische Verwaltungsgerichtshof über die noch anhängigen Klagen entscheiden wird, ist noch völlig ungewiss. Diese wurden noch überhaupt nicht verhandelt bzw. ruhen wegen der BUND-Klage und der Verschiebung des Riederwaldtunnels.

Die Kläger werden dem Bau nicht einfach zuschauen und notfalls die Wiederaufnahme beantragen! Schließlich ist auch ein gerichtlicher Baustopp nicht ausgeschlossen. Wie lange sich alles hinzieht weiß kein Mensch!

Der Autobahnbau ist letzten Endes eine rein politische Entscheidung. Das gilt auch für



Kein Autobahnkreuz mitten im Wohngebiet Keine Bundesfernautobahn A66 quer durch Frankfurt Integriertes Gesamtverkehrskonzept - Jetzt!

- 3 -

die Entscheidung für ein Moratorium bis die Einhausungen baureif geplant bzw. die Schutzfragen endlich rechtlich geklärt sind!

Um eine Einhausung über eine bestehende Autobahn bauen zu können, muss zudem - über Jahre - jeweils eine ganze Richtungsfahrbahn für den Verkehr gesperrt werden. Dies war bei der Autobahn A 3 Goldbach/Aschaffenburg der Fall bzw. ist es überall, wo nachträglich Einhausungen vorgenommen werden. Also sozusagen der heutige Zustand der A 661 bzw. Ostumgehung-Frankfurt zwischen den Anschlussstellen Friedberger Landstraße und Frankfurt-Ost, wo seit 1995 der gesamte Autobahnverkehr wie bei gewöhnlichen Autobahnbaustellen auf nur einer einzigen vorhandenen Richtungsfahrbahn abgewickelt wird. Wie soll hier dann noch der zusätzliche Verkehr der A 66 (zusätzliche ca. 100.000 Kfz/24 h!) bewältigt werden?

Es wäre geradezu ein Schildbürgerstreich, würde jetzt der Ausbau der Autobahn-Ostumgehung Frankfurt A 661 und die Anbindung der A 66 Tunnel Riederwald erfolgen, ohne gleichzeitig die geforderte Einhausung mitzubauen. Es wäre zudem eine ungeheuerliche und unverantwortliche Steuergeldverschwendung und ein klarer Fall für den Bundesrechnungshof!

Die Einhausung der Autobahnen ist aber unumgänglich – wie in unserem Schreiben an den Magistrat der Stadt Frankfurt und die Stadtverordnetenfraktionen vom 26. September 2010 in ausführlicher Weise dargelegt - um die Bevölkerung ausreichend vor den unmittelbaren Folgen (insbesondere extreme Lärm- und Schadstoffemissionen) des neu entstehenden Autobahnkreuzes Frankfurt- Ost A 66 / A 661 schützen zu können. Die augenblicklichen massiven Proteste rund um die neue Landebahn Nordwest des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens sollten für alle Lehre genug sein.

In diesem Zusammenhang machen wir noch einmal darauf aufmerksam, dass selbstverständlich auch der Abschnitt der A 66 östlich des Riederwaldtunnels bis zur Stadtgrenze Maintal eingehaust werden muss. Nur so können die Wohngebiete von Bergen-Enkheim und Fechenheim-Nord wie auch der unentbehrliche und kostbare komplette östliche Grüngürtel mit Fechenheimer und Enkheimer Wald wie auch Berger Hang ausreichend geschützt werden. Diese Forderung, die ebenfalls von den betroffenen Ortsbeiräten 11 und 16 geteilt wird, ist wie Sie sicher wissen im Übrigen Teil der offiziellen Stellungnahme der Stadt Frankfurt im Planfeststellungsverfahren A 66 Tunnel Riederwald. Auch hier ist der Bund in der Verantwortung. Die hohen Kosten für eine Einhausung könnten nicht nur hier u.a. durch die Errichtung eines Sonnenkraftwerkes über der Autobahn hereingeholt werden.

Die A 66 Riederwaldtunnel an die bestehende Autobahn A 661 anzubinden und erst nachträglich die Einhausung bauen zu wollen, würde zu einem noch nicht da gewesenen Stauchaos im Frankfurter Osten führen und nicht nur den Verkehr auf der A 661 vollständig zum Erliegen bringen, sondern im ganzen Frankfurter Osten beeinträchtigen. Schon heute sind Staus auf der A 661 auf der Tagesordnung, wie es im Verkehrsfunk jeden Tag hautnah mitzuverfolgen ist. Das vom Land Hessen viel propagierte Konzept "Staufreies Hessen" würde auf kaum vorstellbare Weise völlig ad absurdum geführt. Und das nach Gesamtinvestitionen (ohne Einhausungen) von bis zu 300 Millionen Euro! Angesichts der angespannten Haushaltslagen ein skandalöser und unverantwortlicher Vorgang.

Damit wäre bei nachträglichem Bau der Einhausung die Verkehrssituation im Gegensatz zur offiziellen Absicht schlimmer als heute, die Lebensqualität im Frankfurter Osten aber massiv beeinträchtigt und der Frankfurter Osten in seiner Bevölkerungsstruktur bereits spürbar erschüttert. Von den sicherlich damit einhergehenden massiven Bevölkerungs



Kein Autobahnkreuz mitten im Wohngebiet Keine Bundesfernautobahn A66 quer durch Frankfurt Integriertes Gesamtverkehrskonzept - Jetzt!

- 4 -

protesten in allen östlichen Stadtteilen ganz zu schweigen.

Wie Sie wissen, warnt das Aktionsbündnis schon lange - unabhängig von der beschriebenen Problematik rund um die nachträgliche Einhausung - vor einem Verkehrschaos, wenn die A 66 Riederwaldtunnel ohne Alleentunnel an die A 661 angeschlossen wird, wie es offiziell beabsichtigt ist. Dies bezieht sich aber auf die Situation nach bereits erfolgtem Vollausbau der Ostumgehung auf zwei Richtungsfahrbahnen mit je 4 Fahrspuren plus Standstreifen und der voll zur Verfügung stehenden A 66 Riederwaldtunnel mit 6 bzw. 8 Fahrspuren!

Deshalb fordern die im Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn zusammengeschlossenen Bürgerinitiativen jetzt mit gutem Grund ein Moratorium beim Ausbau der Autobahn-Ostumgehung A 661 und dem Bau der A 66 Riederwaldtunnel bis die Planungen für die komplette Einhausung der Autobahnen A 661 und A 66 im Frankfurter Osten baureif sind und deren Finanzierung gesichert ist. Das Aktionsbündnis ist davon überzeugt, dass - wenn alle Verantwortlichen bzw. Beteiligten an einem Strang ziehen - solch ein Planungsprozess wesentlich schneller als normalerweise in Deutschland üblich abgeschlossen werden kann. In diesem Sinne hat bereits der Ortsbeirat 11 als erstes politisches Gremium ein Zeichen gesetzt und sich für einen Bauaufschub beim Autobahnbaubis zur baureifen Einhausung ausgesprochen!

Wir möchten an dieser Stelle deutlich machen, dass selbstverständlich der Bund bei der Finanzierung der Einhausung in die Verantwortung genommen werden muss.

Dies ist aber nur möglich - das zeigt die allgemeine Erfahrung - wenn man dem Bund detailliert nachweist, wo bestehende Grenzwerte für Lärm- und Schadstoffimmissionen nicht eingehalten werden. Aber was soll, bitte schön, in Frankfurt weniger schlimm sein als in Hamburg (A7), Köln (A1) oder Goldbach/Aschaffenburg (A3) oder anderswo, wo der Bund Autobahnen einhausen lässt bzw. diese finanziert?

Neben der betroffenen Wohnbevölkerung geht es im Hinblick auf die Stadt Frankfurt selbstverständlich vor allem auch um städtische Einrichtungen wie die direkt betroffenen Schulen (u.a. Hallgartenschule und Pestalozzischule), Kindergärten (u.a. Lauterbacherstraße, Buchwaldstraße), Krankenhäuser (Katharinenkrankenhaus, BG-Unfallklinik), zahlreiche Altenwohnanlagen und Sportanlagen (u.a. FSV Frankfurt, SG Bornheim), der Bornheimer Friedhof, viele Kleingartenanlagen sowie natürlich ebenso Parks (u.a. Huthpark, Günthersburgpark, Lohrberg) und der bestehende Stadtwald (Riederwald, Fechheimer und Enkheimer Wald) im gesamten östliche Grüngürtel, die alle gar nicht oder völlig unzureichend geschützt werden.

So reicht der - auch erst nachträglich - geplante Lärmschutz für die städtische Hallgartenschule am Bornheimer Hang, entgegen aller Bekundungen, keinesfalls aus, berücksichtigt er u.a. doch nur den "neuen" Verkehr durch die A 66 Riederwaldtunnel und nicht den bisherigen "alten" Verkehr der A 661. Von den extremen Schadstoffen ganz abgesehen. Gleiches gilt in ähnlicher Weise auch für die Pestalozzischule und erst recht für die Kindertagesstätte Lauterbacher Straße in unmittelbarer Nähe der östlichen Ausfahrt des Riederwaldtunnels!

Deshalb ist es von außerordentlicher Bedeutung, dass die Stadt Frankfurt endlich ein kritisches und aussagekräftiges Gutachten, insbesondere zur Lärm- und Schadstoffbelastung rund um das geplante Autobahnkreuz Frankfurt Ost A 66 / A 661 bzw. entlang dieser Autobahnen im Frankfurter Osten in Auftrag gibt, um zu belegen, dass die - auch erst durch juristischen Druck erreichten - nachträglich vorgeschlagenen "ergänzenden" Lärmschutzmaßnahmen keinesfalls ausreichen werden, um die betroffene Bevölkerung vor den Autobahn-Emissionen schützen zu können. Dieses Gutachten muss selbstverständlich auch den extrem betroffenen Abschnitt der A 66 östlich des Riederwaldtunnels bis zur Stadtgrenze Maintal



Kein Autobahnkreuz mitten im Wohngebiet Keine Bundesfernautobahn A66 quer durch Frankfurt Integriertes Gesamtverkehrskonzept - Jetzt!

- 5 -

einschließen.

Die Stadt Frankfurt hat sich mehrheitlich in den vergangenen Jahrzehnten mit großer Entschlossenheit stets vehement für den Bau der A 66 Riederwaldtunnel stark gemacht. Nun wünschen wir uns, dass sich die Stadt nun auch für die komplette Einhausung der Autobahnen incl. Schadstofffilterung im Frankfurter Osten einsetzt und mit Ihrem ganzen politischen Gewicht – wie bereits kürzlich der Ortsbeirat 11 (Seckbach, Riederwald, Fechenheim) – für ein Moratorium beim Bau bzw. Ausbau der Autobahnen aussprechen, um Schaden von der Stadt Frankfurt und seiner Bevölkerung im Frankfurter Osten abzuwenden und unnötige Geldverschwendung zu verhindern. Sorgen Sie in Sachen Einhausung und Autobahnplanung dafür, dass endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Doch besseren Schutz hatten die Bürgerinitiativen gegenüber der Planungsbehörde wie auch den zuständigen Ortsbeiräten, Stadtverordnetenversammlung und der Stadt Frankfurt nicht erst seit 2001 (Eröffnung des zweiten Planfeststellungsverfahren A 66 Riederwaldtunnel) gefordert! Das waren wieder mehr als 10 verlorene Jahre!

Es kann nicht sein, dass die zuständige Planungs- bzw. Baubehörde des Landes Hessen alle zwei bis drei Jahre neue nicht haltbare Zahlen präsentiert, die dann immer wieder neu überarbeitet werden müssen, weil sie der Realität bzw. den Gesetzen nicht Stand halten; Planfeststellung A 66 2001, Anhörung A 66 2003, Planänderung A 66 2005, Lärmtechnisches Gutachten A 661/A 66 2008, Lärmtechnisches Gutachten A 661/A 66 2011!

Hier das aktuellste Beispiel dafür:

Das Aktionsbündnis hat inzwischen die "neuen Berechnungen" des ASV Frankfurt für die bereits im Februar 2011 der Öffentlichkeit und erst im Spätherbst auch im Ortsbeirat 11 und dem Verkehrsausschuss der Stadtverordnetenversammlung vorgestellten "ergänzenden Lärmschutzmaßnahmen" erhalten. Ein Jahr später! Obwohl diese auf unsere im Namen von betroffenen Bürgerinnen und Bürger von Bornheim und Riederwald im November 2007 gestellten Rechtsanträge zurückgehen!

Doch diese Berechnungen sind im Grunde genommen auch schon wieder überholt. Denn das Land Hessen sah sich nun juristisch gezwungen Anfang dieses Jahres - wie von uns seit 2005 immer wieder gefordert - doch eine neue Verkehrsuntersuchung (Prognosehorizont 2025) für die neue A 66 Riederwaldtunnel in Auftrag zu geben, auf welche selbstverständlich auch neue Lärm- und Schadstoffberechnungen folgen werden. Sie werden die Grundlage sein für zwei neue Planänderungsverfahren für die beiden getrennt planfestgestellten Autobahnabschnitte Ostumgehung Frankfurt A 66/A 661 (1980) und A 66 Tunnel Riederwald incl. Autobahndreieck Erlenbruch (2007), welche 2014 abgeschlossen werden sollen. Das werden dann die sechsten Gutachten seit 2001 sein! Auf Deutsch: Ein unendliches Spiel und uns langt's! Und den Befürwortern ebenso!

Die Menschen, ob Befürworter oder Kritiker der Autobahnprojekte wollen endlich Taten sehen und nicht mehr hingehalten werden. Aber das Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn bzw. die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sind auf der Hut und werden weiterhin genau hinsehen, was Ihnen vorgelegt wird und zugemutet werden soll. Und sie werden sich schlechte Planungen mit absoluter Sicherheit auch zukünftig nicht gefallen lassen! Nicht umsonst haben Betroffene bis heute fast 34.000 € allein für Klagen und Gutachten gespendet. Aber warum müssen denn Privatleute mit ihrem Privatvermögen für das Allgemeinwohl herhalten?

Deshalb unser Appell an Sie als Frankfurter Umweltdezernentin und Mitglied des Magistrats, tun Sie alles, um dieses Hin und Her endlich zu beenden. Sorgen Sie mit Ihrem Einfluss dafür, dass jetzt endlich eine Planung kommt, die Hand und Fuß hat und die für den ganzen Frankfurter Osten wirklich eine weit reichende Zukunftsperspektive in



Kein Autobahnkreuz mitten im Wohngebiet Keine Bundesfernautobahn A66 quer durch Frankfurt Integriertes Gesamtverkehrskonzept - Jetzt!

- 6 -

Sachen Lebensqualität bietet. Sorgen Sie mit dafür, dass endlich alle Beteiligten sich an einen Tisch setzen, damit das aneinander vorbei reden und planen endlich ein Ende hat.

In dieser Hinsicht zeigt sich das Aktionsbündnis empört und verärgert über die Gleichgültigkeit und Tatenlosigkeit der Verantwortlichen der Stadt Frankfurt, die gefällig die oben beschriebenen Baumfällungen genehmigt bzw. zugelassen haben. Aber auch die tatenlose Hinnahme bzw. das Wegschauen insbesondere seitens des Ortsbeirats 11 wie auch der Stadtverordnetenversammlung noch dazu in an einem "Heiligen Sonntag" bleibt für uns völlig unverständlich. Die zurückgebliebenen Baumstümpfe bzw. Lücken in der Baumallee am Erlenbruch betrachten die Bürgerinitiativen jetzt als Mahnmal und erwarten nun insbesondere von der noch amtierenden Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth und ihrem Nachfolger Peter Feldmann ein Machtwort. Es muss jetzt einen Bestandsschutz für den gesamten Grünzug im östlichen Erlenbruch und Teufelsbruch wie auch Fechenheimer Wald geben, bis die Einhausungen Baureife erlangt haben. Eine zwanzig Jahre lange trostlose Bauwüste am Erlenbruch ohne Sinn ist für alle Frankfurter unzumutbar! Nun sind es bereits gut 3 Jahre seit das Gelände zwischen der A 661 bis in Höhe des Eintracht-Sportgeländes für den Bau des Autobahntrogs A 66 gerodet wurde! Entlang der Ostumgehung Frankfurt A 661 /A 66 herrscht wie schon gesagt seit 23 Jahren Baustellenzustand!

Wir sehen die Bedingungen rund um den Autobahnbau im Frankfurter Osten und die akute Bedrohung aller östlichen Stadtteile und des gesamten östlichen Grüngürtels im krassen Widerspruch zur Bewerbung der Stadt Frankfurt als Green City in Europa und werden dies im Falle weiterer Passivität seitens der Stadt Frankfurt und ihrer Verantwortungsträgern auch deutlich zum Ausdruck bringen müssen!

Wir setzen in dieser Angelegenheit auf Sie, als angesehene grüne Umweltdezernentin, und bitten angesichts der gebotenen Eile um eine baldige Antwort. Selbstverständlich stehen wir Ihnen gerne für eine sachliche Erörterung der Gesamtproblematik und der rechtlichen Situation insbesondere im Rahmen der von uns unterstützten Klagen und Rechtsanträgen (die auch für Bergen-Enkheim und Fechenheim noch zu stellen sind) gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Friedhelm Ardelt-Theeck

Vorstandsmitglied der Bürgervereinigung Nordend e.V. und Sprecher des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn